

Presseinformation

Erfurt, 21. Januar 2005

Ergebnisse der Klausur zum Haushalt 2005: SPD will 100 Mio. € mehr für die Kommunen

In einer Klausurtagung beschäftigte sich die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag mit dem Thüringer Landeshaushalt 2005 und dessen Folgen.

Ein Fazit: Die dramatischen Auswirkungen der Kürzungspläne der CDU-Landesregierung auf die Kommunen sowie das soziale, kulturelle und pädagogische Netz in Thüringen müssen abgemildert werden.

Im Ergebnis der Klausur beschloss die SPD-Fraktion Umschichtungen in Höhe von rund 120 Mio. €. Davon sollen 100 Mio. € den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Mit den darüber hinaus gehenden 20 Mio. sollen weitere für das Land wichtige Strukturen gesichert werden.

Zudem wurde ein Forderungskatalog für eine finanzpolitische Kehrtwende in Thüringen beschlossen. Darin bietet die SPD-Landtagsfraktion der Regierung ihre Unterstützung für die Erarbeitung eines schlüssigen Konzeptes zum Umbau der Verwaltungsstrukturen in Thüringen an.

Die erforderlichen Änderungsanträge werden nach Abschluss der Anhörungen zum Thüringer Landeshaushalt im Haushalts- und Finanzausschuss in die Debatte eingebracht.

Angesichts der von der Landesregierung vorgeschlagenen Kreditaufnahme in Höhe von 995 Mio. €, zu denen noch die Kredite aus dem Sondervermögen „Beitragserstattung Wasserver- und Abwasserentsorgung“ sowie die neuen Maßnahmen mit alternativer Finanzierung hinzuzurechnen sind, besteht aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion keinerlei Spielraum dafür, Vorschläge zu unterbreiten, die eine weitere Erhöhung der Kreditaufnahme vorsehen. Zudem sind die Investitionsausgaben mindestens auf dem derzeitigen Niveau zu halten, um einen verfassungsmäßigen Haushalt sicherzustellen.

Anlagen

Offensive für eine finanzpolitische Kehrtwende in Thüringen
Schwerpunkte der Änderungsanträge sowie Deckungsvorschläge

Offensive für eine finanzpolitische Kehrtwende in Thüringen

Die finanzpolitische Situation Thüringens hat eine Dramatik erreicht, die energische, aber auch wohl durchdachte Schritte erfordert, um einerseits das Land finanzpolitisch zu stabilisieren, andererseits aber auch dem Land keine Entwicklungschancen zu verbauen. Dabei hat die Thüringer Landesregierung versagt. Ohne erkennbares und schlüssiges Konzept agiert die Landesregierung derzeit wie der Elefant im Porzellanladen.

Notwendig ist eine Kehrtwende, um für das Land überhaupt politischen Gestaltungsspielraum zu bewahren: Ein Konzept für die langfristige Entwicklung der Verwaltungsstrukturen muss erarbeitet werden, denn Thüringen kann es sich nicht leisten, sein Geld für ineffektive und überdimensionierte Strukturen auszugeben.

Die SPD-Fraktion schlägt vor:

- ⇒ Ehrliche finanzpolitische Sachstandsanalyse mit einem Bekenntnis zur tatsächlichen Verschuldung und dem Abbau von Schattenhaushalten (alternative Finanzierung, Pensionslasten, Kredite der Sondervermögen)

- ⇒ Vereinbarung eines Tarifvertrages zur Beschäftigungssicherung für den Bereich der Landesverwaltung mit den Gewerkschaften – Reduzierung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Reduzierung der Gehälter. Dadurch wird im Gegensatz zu den jetzt von der Landesregierung angestrebten Maßnahmen eine sofortige finanzielle Wirkung erzielt, die dem Land die Zeit gibt, ein in sich geschlossenes Konzept zur Verwaltungsreform mit den nachfolgenden Bestandteilen zu erarbeiten.
 - Entwicklung eines Konzeptes für eine Gebiets- und Funktionalreform in Thüringen (unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung)

 - „Verwaltung 2025“ – Erarbeitung eines Konzeptes für die langfristige Entwicklung der Landesverwaltung – unter Berücksichtigung des Konzeptes zur Gebiets- und Funktionalreform, der demografischen Entwicklung und zurückgehender Finanztransfers (externe Wirtschaftsberater notwendig)

 - Erstellung eines fundierten Personalentwicklungskonzeptes auf der Basis des Konzeptes „Verwaltung 2025“ unter Einbeziehung der Gewerkschaften und des Beamtenbundes

 - langfristiges Ziel: Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts für Beamte und Angestellte

 - Errichtung eines Beschäftigungs- und Vermittlungspools für zeitweise freigestellte Landesbedienstete

- Entwicklung einer Gesamtstrategie für den Auf- und Ausbau des E-Government durch den Freistaat Thüringen – unter Einbeziehung der Kommunen (Einheitliche Plattform von Land, Kreisen und Kommunen = E-Gouvernement-Pakt)

- ⇒ Kosten-Nutzen-Überprüfung sämtlicher Förderprogramme in Thüringen sowie sämtlicher Zuschüsse an Dritte – stärkere Ausrichtung der Fördermittel an der durch den Einsatz zu erzielenden „Verwendungsdividende“ und im Bereich der Kommunen stärkere Pauschalierung von Fördermitteln

- ⇒ Ausschöpfung aller Investitionsförderprogramme des Bundes durch den Freistaat, Mehr Kreativität bei der Verwendung der Fördermittel und bei der Erbringung der Eigenmittel – insbesondere für Förderungen zugunsten der Infrastruktur (GA-Wirtschaft, Dorferneuerung, Denkmalschutz)

- ⇒ Überprüfung und Reduzierung der Landesbeteiligungen

- ⇒ Einnahmeverbesserung durch:
 - Unterstützung von Initiativen zur Vereinfachung des Steuerrechts (Abbau von steuerlichen Sondertatbeständen und steuerlichen Subventionen) und zur Stabilisierung der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen (Neuregelung der Erbschaftsbesteuerung, Einführung einer Gemeindefinanzierungssteuer)
 - Ausbau der Steuerprüfungsdienste der Thüringer Landesverwaltung zur Wahrung der Steuerehrlichkeit und Durchsetzung der Steuergerechtigkeit

Die SPD-Fraktion bietet der Landesregierung ihre Mitarbeit und Unterstützung im Rahmen eines Modernisierungspaktes an, wenn die Landesregierung bereit ist, die Probleme grundsätzlich und auf der Basis von fundierten Konzeptionen anzugehen.

Schwerpunkte der Änderungsvorschläge der SPD-Fraktion

Mehrausgaben:

100 Mio. € mehr für Städte, Gemeinden und Landkreise

Die von der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen machen die kommunalen Gebietskörperschaften handlungsunfähig. Die Finanznot der Kommunen wird einen Kollaps wichtiger sozialer und kultureller Strukturen nach sich ziehen. Der größte Investor des Freistaates Thüringen wird ausfallen – mit dramatischen Auswirkungen für die Bauwirtschaft und das Handwerk. Angesichts dieser drohenden Entwicklung hat sich die SPD-Landtagsfraktion dafür entschieden, den Schwerpunkt ihrer Änderungsvorschläge auf eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu legen. Mit der Abmilderung der Kürzungen soll den Kommunen die Gelegenheit gegeben werden, sich auf die veränderten Einnahmebedingungen einzustellen. Notwendig ist eine klare Vorgabe des Landes im Hinblick auf die künftigen kommunalen Gebietsstrukturen.

Bildungsangebote sichern

Entgegen anders lautenden Aussagen wird auch der Bereich Bildung von der Landesregierung als Sparschwein missbraucht.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Erwachsenenbildung, bei der Lernmittelfreiheit, bei der Schuljugendarbeit beim Schülerverkehr und bei der Schülerspeisung. Entsprechende Änderungsanträge der Fraktion im Umfang von fast 10 Mio. € sollen die Kürzungen ganz oder teilweise rückgängig machen.

Strukturen der Jugendbetreuung erhalten

Die von der SPD in der Zeit der Großen Koalition mit der Einführung der Jugendpauschale geschaffenen Strukturen der flächendeckenden Jugendbetreuung dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die Jugendpauschale soll im bisherigen Umfang erhalten bleiben. Im Zusammenhang mit der notwendigen Gebietsreform können perspektivisch die mit der Jugendpauschale geschaffenen Strukturen angepasst werden. Die Kürzungen der Landesregierung im Bereich des Landesjugendförderplans werden rückgängig gemacht. Beides zusammen bedeutet Mehrausgaben in Höhe von ca. 2,8 Mio. €.

Soziale Beratungsstrukturen retten

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich vehement gegen die Kahlschlagspolitik der Landesregierung im Bereich der sozialen Beratungsdienste aus. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Thüringen ist ursächlich für viele soziale Probleme, die einen hohen Beratungs- und Betreuungsbedarf nach sich ziehen. Die Telefonseelsorge soll deshalb genauso erhalten bleiben – wie die Angebote der Familienhilfe und Familienberatung sowie die Suchthilfe. Mit Umschichtungsanträgen im Umfang von ca. 2,2 Mio. € sollen die bestehenden Strukturen gesichert werden.

Verbundforschung auf hohem Niveau fortführen

Obwohl die Landesregierung eine Zusammenführung der bisher in zwei Ministerien veranschlagten wirtschaftsnahen Forschung im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit angekündigt hat, ist die Verbundforschung nach wie vor auf zwei Ressorts aufgeteilt. Will die Landesregierung damit die vorgenommenen Kürzungen um rund 1,2 Mio. € kaschieren? Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, diese Kürzung zumindest rückgängig zu machen bzw. die Ausgaben noch etwas aufzustocken.

Regenerative Energien fördern

Die von der Landesregierung vorgesehene Streichung des Haushaltsansatzes für die Förderung von Maßnahmen zur sparsamen, rationellen und umweltverträglichen Energienutzung ist ein schwerer Fehler und sendet ein falsches Signal an die Bürger und an Investoren. Es muss nach wie vor geförderte Referenzobjekte geben, um bestehende Vorbehalte gegenüber der Nutzung regenerativer Energien mit Hilfe funktionierender Anlagen abbauen zu können. Die SPD wird deshalb 1,5 Mio. € für diesen Verwendungszweck umschichten.

Deckungsvorschläge:

Die Summe der von der SPD vorgeschlagenen Aufstockungen von Haushaltstiteln beträgt insgesamt ca. 120 Mio. €, die wie folgt gedeckt werden sollen:

Erlöse aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen	15 Mio. €
--	-----------

Die Landesregierung hatte im Jahr 2004 Erlöse aus der Veräußerung unbeweglicher Sachen von 29 Mio. € veranschlagt. 5,6 Mio. € sind davon nur kassenwirksam geworden. Im Jahr 2005 sind Einnahmen in Höhe von ca. 6,5 Mio. € veranschlagt. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Möglichkeit besteht, im Jahre 2005 Veräußerungserlöse in Höhe von ca. 21,5 Mio. € zu erzielen.

Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen	20 Mio. €
---	-----------

Der Freistaat Thüringen ist an einer Reihe von wirtschaftlichen Unternehmen beteiligt. Angesichts der dramatischen finanzpolitischen Situation des Landes ist die Veräußerung von zusätzlichen Beteiligungsanteilen in der angegebenen Höhe vertretbar. Auf die Nennung konkreter Beispiele wird an dieser Stelle verzichtet, um mögliche Verkaufserlöse nicht zu gefährden.

Erhöhung der Steuereinnahmen durch aktive Maßnahmen der Landesregierung	20 Mio. €
--	-----------

Angesichts der dramatischen Finanzsituation von Bund, Ländern und Kommunen reicht es nicht, diesen Zustand lediglich zu beklagen, wie es die Landesregierung tut.

Notwendig ist aktives Handeln der Landesregierung, um die eigenen Einnahmemöglichkeiten des Landes auszuschöpfen. Genau dies verlangt das Land auch von den Städten und Gemeinden. Die Landesregierung wird aufgefordert, die derzeitigen Aktivitäten des Bundes zum Subventionsabbau zu unterstützen.

Insbesondere durch den Abbau der Eigenheimzulage könnten Thüringen schon im Jahr 2005 zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 5 Mio. € zufließen. Dieser Betrag würde im Laufe der Jahre erheblich steigen.

Die Verstärkung der Steuerprüfungsdienste in Thüringen kann nach Auffassung der SPD-Fraktion zusätzliche Steuereinnahmen des Landes in Höhe von 15 Mio. €

ermöglichen. Notwendig wäre eine Besetzung der freien Stellen im Bereich der Steuerprüfungsdienste, wo viele Stellen des gehobenen Dienstes unbesetzt sind. Jede freie oder ungenutzte Steuerprüfungsstelle schadet dem Freistaat Thüringen, da ein Steuerprüfer in Deutschland dem Fiskus durchschnittlich 1,34 Mio. € Mehreinnahmen im Jahr beschert. Das Ifo-Institut bezifferte allein den 2004 durch Umsatzsteuerbetrug bei Bund, Ländern und Gemeinden entstehenden Einnahmeverlust auf über 16 Mrd. €.

Geringere Zinsausgaben für Darlehen des Landes	10 Mio. €
---	-----------

Von den 2004 veranschlagten Zinsausgaben in Höhe von 655 Mio. € sind auf Grund eines aktiven Schuldenmanagements und stabiler Zinssätze lediglich 648,1 Mio. € kassenwirksam geworden. Die SPD-Landtagsfraktion erwartet auch im Haushaltsjahr 2005 ein entsprechendes Schuldenmanagement und stabile Zinsen und hält den entsprechenden Haushaltsansatz auch wegen der späten Verabschiedung des Landeshaushalts für zu hoch gegriffen.

Stabilisierung der Ausgaben für Zahlungen im Rahmen der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme	26,4 Mio. €
---	-------------

Der Freistaat Thüringen muss Erstattungsleistungen an die Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme leisten. Im Jahr 2004 waren dafür insgesamt 402,5 Mio. € veranschlagt, von denen aber bis 31.12.04 nur 370 Mio. € kassenwirksam wurden. Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag hält es für gerechtfertigt, die von der Landesregierung vorgesehenen Fortschreibungen der Haushaltsansätze vom niedrigeren Niveau der Ist-Ergebnisse 2004 vorzunehmen und die damit freiwerdenden Haushaltsmittel als Deckungsquelle für andere Ausgaben vorzusehen.

Minderausgaben bei Personalausgaben durch einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung	25 Mio. €
---	-----------

Die Thüringer Landesregierung hat kein Konzept dafür, wie die Thüringer Landesverwaltung angesichts der finanziellen und demografischen Herausforderungen umgebaut werden kann – von einem schlüssigen Personalentwicklungskonzept ganz zu schweigen. Diese Konzeptionslosigkeit führt zum Teil zu unkoordinierten Einzelmaßnahmen in Sachen Verwaltungsumbau. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion wird der notwendige Verwaltungsumbau nur mit den Beschäftigten umzusetzen sein und funktionieren. Auch die Gewerkschaften haben den Sparzwang des Landes Thüringen erkannt und sind im Falle einer langfristigen Beschäftigungsgarantie des Landes für die Landesbediensteten zu Zugeständnissen in Form von Gehaltsverzicht bei geringerer Arbeitszeit im Rahmen eines Beschäftigungssicherungspaktes bereit. Eine solche Vereinbarung hätte nicht nur den Vorteil, dass kurzfristig Personalkosten gespart werden könnten, sondern würde das Erstellen fundierter Konzepte ermöglichen.

Ähnlich wie in anderen Bundesländern, in denen entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen wurden, wären auch in Thüringen bestimmte Aufgabenbereiche wegen ihrer spezifischen Aufgabenstellung von einer Vereinbarung auszunehmen (Polizei- und Justizvollzug, Schulen und Universitäten).

Eine Personalkosteneinsparung in Höhe von 25 Mio. € ist nach den Berechnungen der SPD-Landtagsfraktion für das Jahr 2005 realistisch. In Brandenburg beispielsweise werden 100 Millionen Euro jährlich an Personalkosten eingespart – davon 50 Millionen bei Beamten und 50 durch Sozialtarifvertrag bei Angestellten.

Verschiebung der Grundinstandsetzung des Landesverwaltungsamtes	3,0 Mio. €
--	------------

Angesichts der derzeitigen Debatte um die künftigen Verwaltungsstrukturen hält die SPD-Fraktion eine Grundinstandsetzung des Gebäudes des Landesverwaltungsamtes für nicht angebracht. Notwendig ist ein schlüssiges Konzept für die künftigen Strukturen – bevor weiter in Verwaltungsgebäude investiert wird.

Zuschüsse für den gewerblichen Luftverkehr	0,575 Mio. €
---	--------------

Im Haushaltsansatz ist die Förderung der Linie Erfurt-London veranschlagt, die nun nicht mehr geflogen wird und damit auch nicht mehr bezuschusst werden muss.